



Presseschau vom 11.08.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Natalia Pawlowa: Haltung Deutschlands zu Nord Stream 2 trotz drohender US-Sanktionen unverändert

Berlin will keine Geisel Washingtons werden und wird im Kampf um Nord Stream 2 bis zum Ende gehen. Im Sputnik-Interview äußerten sich Experten zur Reaktion des deutschen Außenministeriums auf die US-Drohungen gegen Nord Stream 2. ...

<https://sptnkne.ws/DrMS>

Maria Müller: „Attackiert das Virus direkt“: Russland liefert neues Corona-Medikament an Staaten Lateinamerikas

Im weltweiten Kampf gegen die Corona-Epidemie zeichnen sich zwei Tendenzen ab. Während Staaten wie die USA und Brasilien, die anfänglich die Existenz oder Gefährlichkeit des Virus abstritten, international zunehmend isoliert werden, stärken andere Staaten ihre Zusammenarbeit. ...

<https://de.rt.com/29ao>

Nikolai Protopopow: „Machtkampf unter Besatzern“ – Woher kommen die Attacken auf die US-Armee in Syrien?

Für das US-Militär wird es brandgefährlich auf syrischem Boden. Die Angriffe auf amerikanische Konvois und Stützpunkte mehren sich. Beschossen werden die Amerikaner nicht nur von Dschihadisten: Mittlerweile begehrt die syrische Bevölkerung gegen die

Besitzer auf, während weitere Kräfte im Hintergrund wirken. ...

<https://sptnkne.ws/DrWg>

Kirill Dmitriev: Ungeliebter Gastbeitrag: Der Sputnik-Impfstoff als lebensrettende globale Partnerschaft

Dieser Gastkommentar, der die Geschichte hinter dem russischen Impfstoff gegen Covid-19 erzählt und die russische Bereitschaft hervorhebt, mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten, wurde von allen westlichen Leitmedien abgelehnt.

Wir (*sputniknews*) haben uns deshalb entschieden, den Beitrag direkt zu publizieren, um unsere Sicht mit der internationalen Leserschaft zu teilen und die Blockade positiver Informationen zum russischen Covid-19-Impfstoff aufzuheben. ...

<https://sptnkne.ws/DrXp>

abends/nachts:

dnr-sckk.ru: Derzeit besteht eine äußerst schwierige und kritische humanitäre Situation im Zusammenhang mit Lecks am Wassernetz mit dem Durchmesser 300mm ab der Jelenowker Pumpstation: 3600 Verbraucher in Jelenowka und Molodjoshnoje, Basisobjekte der Infrastruktur wie das Jelenowker Brotkombinat, das Tuberkuloseambulatorium, ein Gefängnis, der KPP „Jelenowka“, über den die Menschen über den humanitären Korridor passieren haben kein Wasser.

Obwohl im Juli von unserer Seite auf Anfrage des Unternehmens „Woda Donbassa“ eine Reihe von Maßnahmen ergriffen wurde – das Zivilschutzministerium untersuchte das Gebiet auf Minen und nicht detonierte Geschosse und eine Reparaturbrigade von „Woda Donbassa“ setzte einen provisorischen Stopfen, um den Ort des Lecks trocken zu legen um dann eine Hülse zu montieren. Aber später gab es eine weitere Störung, wegen der mehr Wasser als zuvor verloren geht – 2200 Kubikmeter am Tag, deshalb wurde die Wasserversorgung von 3600 Verbrauchern vollständig eingestellt.

Außerdem wurde bei den o.g. Arbeiten festgestellt, dass die Lecks an zwei Orten auf beiden Seiten der Kontaktlinie sind – sowohl auf unserem Territorium als auf dem von den BFU kontrollierten.

In diesem Zusammenhang wurden zwei neue Anfragen zur Vereinbarung einer möglichst schnellen Durchführung von Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an dem problematischen Abschnitt der Wasserleitung, der Durchführung von synchronen und spiegelbildlichen Reparaturarbeiten auf beiden Seiten der Kontaktlinie gestellt.

Eine zusätzliche Untersuchung der Örtlichkeit, die heute von Vertretern von „Woda Donbassa“ durchgeführt wurde, zeigte, dass der zuvor installierte provisorische Verschluss in zufriedenstellendem Zustand ist, es gibt keinerlei weitere Lecks an dem Abschnitt der Wasserleitung, der auf dem von uns kontrollierten Territorium liegt, also läuft das Wasser auf dem von den BFU kontrollierten Territorium aus.

Auf Grundlage der von der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung vom 22. Juli 2020 über Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden vollständigen, allumfassenden, unbefristeten Regimes der Feueinstellung entlang der ganzen Kontaktlinie hat die Vertretung der DVR im GZKK im Rahmen des Koordinationsmechanismus operativ eine synchrone Durchführung dieser Arbeiten sowohl auf dem Territorium der DVR als auch dem Territorium der Ukraine ab dem 12. August 2020 vereinbart.

Zum Monitoring der Sicherheitssituation wird von unserer Seite im Bereich der Reparaturarbeiten ein Vertreter eine operativen Beobachtergruppe der DVR im GZKK anwesend sein, außerdem eine spiegelbildliche Patrouille der OSZE-Mission und des IKRK.

rusvesna.su: Das russische Außenministerium gab eine Erklärung zum Schicksal der in Minsk inhaftierten "Wagner-Kämpfer" ab

Das russische Außenministerium gab eine Erklärung zu den Ergebnissen der Präsidentschaftswahlen in Belarus ab, die sich auch auf die 33 in Minsk inhaftierten russischen Bürger bezieht.

Das Außenministerium berichtet, dass Moskau die Entwicklung der Ereignisse während des gesamten Wahlkampfes in Belarus genau verfolgt hat. Gleichzeitig heißt es in der Erklärung des Außenministeriums: "Trotz der Versuche einzelner Kräfte, nach Abschluss der Abstimmung groß angelegte Protestaktionen zu organisieren, ist es den Behörden gelungen, eine gefährliche Eskalation der Situation zu verhindern."

Das Außenministerium erklärte auch, dass Moskau die baldige Freilassung der am 29. Juli in der Nähe von Minsk inhaftierten Russen erwartet. Belarussische Strafverfolgungsbeamte hatten russische Staatsbürger festgenommen, weil sie verdächtigt wurden, an der Destabilisierung der Lage im Land teilnehmen zu wollen.

Später wurde bekannt, dass die Ankunft russischer "Wagner-Kämpfer" von den ukrainischen Geheimdiensten organisiert wurde.

Derzeit beteiligen sich russische und belarussische Strafverfolgungsbeamte an der Untersuchung dieser Provokation.

„Wir gehen auch davon aus, dass kompetente russische und belarussische Experten in enger Zusammenarbeit alle Umstände der Provokation untersuchen werden, die unter Beteiligung von Drittländern organisiert wurde und zu den Verhaftungen am 29. Juli dieses Jahres führte. Dies betrifft 33 russische Staatsbürger in Belarus. Wir hoffen, dass sie in naher Zukunft alle freigelassen werden und nach Hause zurückkehren können“, erklärte das russische Außenministerium heute.

Dnr-sckk.ru: Heute, am 10. August, haben Arbeiten zur Erstellung von Bohrlöchern zur Einrichtung eines Trinkwasserbrunnens in der Schkolnaja-Straße von Nikolajewka im Telmanowo-Bezirk begonnen.

Im Rahmen des Koordinationsmechanismus hat die Vertretung der DVR im GZKK operativ eine Sicherheitsgarantie zur Ausführung von Maßnahmen vereinbart, die unter unmittelbarem Monitoring einer operativen Gruppe des GZKK sowie von spiegelbildlichen Patrouillen der OSZE-Mission und des IKRK stattfanden.

Die Arbeiten zur Erstellung der Bohrlöcher für Trinkwasser finden im Rahmen des humanitären Programms zur sozialen Entwicklung von Infrastruktur statt und die Frage der Lösung der Wasserversorgung der Einwohner des Telemanowo-Bezirks befindet sich unter persönlicher Kontrolle des Republikoberhauptes.

Das Problem mit der Wasserversorgung von Nikolajewka besteht schon seit zehn Jahren: Infolge des Austrocknens des Brunnens hatten die Einwohner des Dorfes lange Zeit einen Mangel an hochwertigem Trinkwasser. Außerdem befinden sich auf einem erheblichen Gebiet des Telemanowo-Bezirks Granitlagerstätten, und Wasser unter diesen Bedingungen zu gewinnen ist äußerst schwer.

Seit Beginn der Kampfhandlungen erhalten die Einwohner von Nikolajewka Hilfe von Seiten des Zivilschutzministeriums der DVR, das Brauchwasser für den Bedarf der Bevölkerung liefert. Aber das Problem mit dem Trinkwasser bleibt ungelöst. Unter Mitwirkung des Zivilschutzministeriums wurde ein Vertragsunternehmen herangezogen, das die Bohrarbeiten durchführen wird.

Bisher wurden einige Versuche unternommen, die Bohrlöcher zu erstellen, der Prozess wird so lange weitergehen, bis das Ziel erreicht ist und Wasser für jeden Einwohner der Ortschaft zugänglich sein wird.

de.sputniknews.com: **Berlin kritisiert Türkei wegen Gas-Suche in griechischer Wirtschaftszone**

Die Bundesregierung hat die von der türkischen Regierung angekündigten seismischen Messungen auf der Suche nach Erdgas südlich der griechischen Insel Kastelorizo (Megisti) kritisiert. Ankara verschlechtere damit auch das Verhältnis zur Europäischen Union weiter, sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes dazu am Montag in Berlin.

„In dieser Hinsicht sind weitere seismische Erkundungen zu diesem Zeitpunkt sicherlich das falsche Signal“, wurde er von der Deutschen Presse-Agentur zitiert. Die Bundesregierung rufe die Türkei und Griechenland auf, die Probleme im Dialog zu lösen.

Ende Juli hatten sich die beiden Nato-Staaten nach einem Engagement der Bundeskanzlerin Angela Merkel darauf geeinigt, einen Dialog zum Thema Energie im östlichen Mittelmeer aufzunehmen.

Athen stuft türkische Messungen als illegal ein

Die Suche der Türkei nach Erdgas südlich der griechischen Inseln ist aus Sicht Athens illegal, weil diese Region zur ausschließlichen Wirtschaftszone des EU-Landes gehöre. Auch die EU hat diese türkischen Aktionen verurteilt und Ankara aufgefordert, sie einzustellen. Nach türkischer Lesart haben die Inseln wie Kreta zwar Hoheitsgewässer, aber keine ausschließliche Wirtschaftszone. Athen unterzeichnete inzwischen ein Abkommen mit Ägypten, in dem Kairo - gemäß dem internationalen Seerecht - anerkennt, dass die Inseln doch eine solche Zone haben.

Umstrittene Kleininsel Kastelorizo

Die Insel Kastelorizo ist zwischen beiden Ländern umstritten, denn in diesem Raum soll die Grenze der ausschließlichen Wirtschaftszonen verlaufen, auf die sich Athen und Ankara nicht einigen können. Dem türkischen Außenminister Mevlüt Cavusoglu zufolge kann die nur zehn Quadratkilometer große Insel, die sich zwei Kilometer von der türkischen Küste und 570 Kilometer vom griechischen Festland entfernt befindet, keinen 40.000 Quadratkilometer großen Festlandssockel oder keine ausschließliche Wirtschaftszone haben. Türkische Amtsträger halten es für unzulässig, dass die Insel eine Jurisdiktion auf See schafft, die 4000 Mal größer ist als ihre eigene Fläche.

Athen: Fläche der Insel spielt keine Rolle

Griechenland argumentiert hingegen, dass die Insel bewohnt sei und die gleichen Rechte in Bezug auf Seezonen genieße wie Territorien auf dem Festland. Die Größe der Insel dürfte dabei keine Rolle spielen, heißt es in Athen.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/0a/327671485_0:149:1280:841_1000x0_80_0_1_e955f95f0de399f472bc0a068d3d731b.jpg

vormittags:

de.sputniknews.com: **Maas will in Moskau über Ukraine-Konflikt und Libyen reden**

Erst zum zweiten Mal seit Beginn der Corona-Krise verlässt Außenminister Maas die EU. Die Konflikte in der Ukraine und in Libyen stehen an diesem Dienstag im Mittelpunkt der ersten Russland-Reise von Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) seit Beginn der Corona-Krise. Die Liste der Konfliktthemen ist lang. Weitere Themen seines Gesprächs mit Außenminister Sergej Lawrow in Moskau sollen der Umgang mit dem Iran, die Syrien-Krise und die Zusammenarbeit mit Russland im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sein. Wahrscheinlich kommen auch die zunehmenden Spannungen in den Beziehungen zwischen beiden Ländern zur Sprache.

„Wo es Klärungsbedarf gibt, dort sucht man am besten das offene Wort“, sagte Maas vor seiner Abreise. „Das deutsch-russische Verhältnis ist zu wichtig, um es sich selbst zu überlassen.“

Das sind die Konfliktthemen:

Ukraine-Konflikt

Den Schlüssel für die Lösung des letzten blutigen Konflikts in Europa - im Osten der Ukraine - sieht die Bundesregierung in Moskau. Maas und Lawrow ringen seit Jahren um Fortschritte bei der Umsetzung des Friedensplans, der bisher weitgehend auf Eis liegt. Ein nächster Gipfel zur Lösung des Konflikts ist in Berlin geplant. Überschattet werden die Vorbereitungen aber von immer neuen Vorwürfen, von russischer oder ukrainischer Seite gebe es zu wenig Bewegung in der Krise.

Libyen-Krieg

Mit dem Berliner Libyen-Gipfel im Januar hat die Bundesregierung eine Vermittlerrolle in dem Konflikt eingenommen. Russland zählt zu den Mächten, die in dem Krieg kräftig mitmischen. Zwar steht das Riesenreich immer wieder in der Kritik, den aufständischen General Chalifa Haftar zu unterstützen. Allerdings traf sich Lawrow in Moskau auch mit Regierungsvertretern aus Libyen. Die Bundesregierung dringt weiter auf eine Umsetzung der Gipfelbeschlüsse von Berlin. Dazu zählt die Einhaltung des seit 2011 bestehenden Waffenembargos für Libyen. Russland zählt nach den Erkenntnissen der Vereinten Nationen zu den Ländern, das sich weiterhin nicht daran halten.

Mord an einem Georgier

Die Beziehungen zwischen beiden Ländern werden unter anderem durch ein Verbrechen belastet. Im Herbst soll der Prozess wegen des Mordes an einem Tschetschenen mit georgischer Staatsbürgerschaft in Berlin beginnen. Die Bundesanwaltschaft sieht russische Regierungsstellen als Drahtzieher. Die Bundesregierung wirft der russischen Regierung mangelnde Kooperation bei der Aufklärung vor und hat deshalb zwei russische Diplomaten ausgewiesen. Nach der Anklage gegen den mutmaßlichen Auftragsmörder im Juni hatte Maas mit einer weiteren Strafaktion gedroht.

Hacker-Angriff auf den Bundestag

Für Verärgerung in Berlin sorgt auch die bisher größte Cyber-Attacke auf den Bundestag im Mai 2015. Rechner in zahlreichen Abgeordnetenbüros waren damals mit Spionagesoftware infiziert worden, darunter auch Computer im Bundestagsbüro der Kanzlerin. Die Karlsruher Ermittlungsbehörde hat einen internationalen Haftbefehl gegen einen jungen russischen Hacker erwirkt. Ihm wird geheimdienstliche Agententätigkeit und das Ausspähen von Daten vorgeworfen. Merkel hatte den Angriff kürzlich im Bundestag als „ungeheuerlichen“ Vorgang bezeichnet. Die russische Führung wies auch da eine Beteiligung zurück.

Grenzschiessung wegen Corona

Für die deutsche Wirtschaft geht es bei dem Besuch um ein ganz praktisches Problem in den deutsch-russischen Beziehungen. Sie dringt auf eine Wiederöffnung der Grenzen beider Länder. Der derzeitige „tote Punkt“ müsse durch die Maas-Reise überwunden werden, sagte der Chef der deutsch-russischen Auslandshandelskammer (AHK), Matthias Schepp. Für einen

Ausbau der traditionell engen Wirtschaftskontakte müssten sich Unternehmer in die Augen sehen können, um neue Verträge abzuschließen. Die Grenzen der EU mit Russland sind wegen der Pandemie seit März geschlossen. Deutschland steht in Moskau in der Kritik, eine europäische Einigung auf eine Öffnung der Grenzen mit Russland zu bremsen. Mit seiner eintägigen Russland-Reise verlässt Maas die EU erst zum zweiten Mal seit Beginn der Corona-Krise im März. Nach seinem Kurzaufenthalt in Moskau reist er nach St. Petersburg weiter, wo das Gedenken an die Opfer der Leningrader Blockade im Zweiten Weltkrieg im Mittelpunkt stehen wird. Damals starben mehr als eine Million Menschen, als die Wehrmacht die Stadt aushungern ließ. Maas sprach vor seiner Abreise von einem „abscheulichen Kriegsverbrechen an der russischen Bevölkerung, für das Deutschland Verantwortung trägt, und das wir nie vergessen dürfen“. Die Bundesregierung unterstützt ein Krankenhaus für Kriegsveteranen und Überlebende mit zwölf Millionen Euro.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32655/22/326552268_119:130:3042:1711_1000x080_0_1_b6a2b3cfba6797ae8873a6724e242699.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 10. August 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.sputniknews.com: **Israel schließt nach Ballon-Angriffen wichtigen Gaza-Übergang**

Nach anhaltenden Angriffen mit Brand-Ballons aus dem Gazastreifen schließt Israel den einzigen Grenzübergang für Warenlieferungen in das Küstengebiet. Die Schließung des Übergangs Kerem Schalom gelte ab Dienstagmorgen, teilte die zuständige israelische Behörde Cogat mit.

Lediglich die Einfuhr von wichtigen humanitären Gütern und Treibstoff bleibe erlaubt. Das Starten der Ballons werde zuallererst die Bewohner des Gazastreifens und das wirtschaftliche Wachstum des Gebiets treffen. Cogat machte die islamistische Hamas für alles, was im Gazastreifen geschieht, verantwortlich. Wie lange die Schließung dauern soll, blieb unklar. Ein Sprecher der im Gazastreifen regierenden Hamas kritisierte die Maßnahme. Sie gehe einher mit Druck auf Gaza und dem „Straffen der Belagerung“. Niemand könne die Entschlossenheit des palästinensischen Volkes brechen, die „Belagerung“ zu beenden. Seit Beginn der Corona-Krise hatten militante Palästinenser weitgehend davon abgesehen, Ballons aus dem Gazastreifen in Richtung Israel fliegen zu lassen, an denen Brandflaschen oder Sprengsätze befestigt waren. Zuletzt nahm dies aber wieder deutlich zu. Zu Wochenbeginn wurden Dutzende Ballons gestartet. Militante Palästinenser wollen so Schäden in Israel verursachen.

Die Hamas wird von Israel, den USA und der EU als Terrororganisation eingestuft. Sie hat sich die Zerstörung Israels auf die Fahnen geschrieben. Israel hatte 2007 eine Blockade des

Gazastreifens verschärft, die inzwischen von Ägypten mitgetragen wird. Beide Länder begründen die Maßnahme mit Sicherheitserwägungen.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32133/41/321334101_0:654:5184:3453_1000x0_80_0_1_f014b06749f293e88549e94d0dd4564b.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 10. Augst 3:00 Uhr bis 11. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen von Seiten der BFU 1.

Richtung Mariupol: Schusswaffen – 1 mal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaft: **Nowolaspa**.

Außerdem wurde um 18:50 Uhr auf den Positionen der BFU 4km südlich von Nabereshnoje (DVR) ein Brand von Gras festgestellt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com/deutsch.rt.com: Putin verkündet Registrierung des ersten Corona-Impfstoffs in Russland

Russland hat als erstes Land in der Welt ein Vakzin gegen das Coronavirus zugelassen. Das erklärte Russlands Präsident Wladimir Putin am Dienstag.

„Soweit mir bekannt ist, wurde heute Morgen zum ersten Mal auf der Welt ein Impfstoff gegen eine neue Coronavirusinfektion registriert. In diesem Zusammenhang möchte ich den Gesundheitsminister Michail Muraschko bitten, uns ausführlich zu informieren, obwohl ich weiß, dass der Impfstoff recht effektiv funktioniert und eine stabile Immunität bildet“, sagte das Staatsoberhaupt.

Dieses Vakzin sei einer seiner Töchter verabreicht worden.

„Eine meiner Töchter ließ sich impfen. Sie hat sich auf diese Weise am Experiment beteiligt“, erzählte Putin.

„Nach der ersten Impfung hatte sie 38 Grad Fieber, am nächsten Tag leicht über 37 und das war’s“. Sie fühle sich gut und die Impftiter seien hoch. Viele Menschen würden gar keine äußerlichen Merkmale aufweisen und kein Fieber nach der Impfung haben, als ob sie gar nichts getan hätten.

„Ich weiß, dass das Vakzin effektiv genug ist, eine stabile Immunität aufbaut und mehrfach geprüft wurde“, so Putin.

Das erste russische Vakzin gegen Coronavirus wird laut Gesundheitsminister Michail Muraschko im Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie und vom Unternehmen Binnopharm hergestellt.

Wie die stellvertretende Regierungschefin Tatiana Golikowa erklärte, soll Ende August oder Anfang September die Impfung von Medizinern beginnen. Ihr zufolge wird der Impfstoff ab Januar 2021 für die Bevölkerung erhältlich sein. Gesundheitsminister Muraschko hatte bereits betont, die Impfung werde kostenlos und freiwillig sein.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.08/article/5f325ee348fbef450a363298.JPG>

Mzdnr.ru: Am 10. August wurden in der DVR 30 Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

Zwei der neuen Fälle wurden bei Personen entdeckt, die aus der Ukraine eingereist sind, einer bei einer aus der RF eingereisten Person. Die anderen neuen Fälle wurden bei Kontaktpersonen zu bereits zuvor Erkrankten entdeckt, darunter drei medizinische Beschäftigte. Derzeit ist der Zustand der Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlungen.

In den letzten 24 Stunden wurden 32 Patienten nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Außerdem gab es zwei Todesfälle – Männer im Alter von 36 und 75 Jahren.

Am 11. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 1963 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

949 Patienten sind derzeit in Behandlung, 901 als gesund entlassen, es gibt 113 Todesfälle. Zum Stand am 11. August wurden Coronavirusinfektionen bei 87 Personen, die seit dem 25. Juni 2020 aus der Ukraine eingereist sind, entdeckt. Alle infizierten Patienten wurden in spezialisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik eingewiesen und werden kostenlos behandelt.

de.sputniknews.com: Pipeline-Leck in Russland: 120 Tonnen Öl ausgetreten

Mindestens 120 Tonnen Öl sind nach Angaben der Staatsanwaltschaft bei einer Pipeline-Panne im äußersten Osten Russlands ausgetreten und haben mehrere Wasserläufe verseucht. Zu dem Unglück in der Region Chabarowsk kam es bereits im Juli, das Ausmaß wurde allerdings erst jetzt bekannt.

Das Leck in der Pipeline zwischen Ocha und Komsomolsk-am-Amur war Anfang Juli entdeckt worden. Nach ersten Erkenntnissen des Katastrophenschutzes waren neun Tonnen Öl ausgetreten. Verseucht wurden drei Bäche sowie der See Goloje unweit der Ortschaft Werchnetambowskoje.

Am heutigen Dienstag teilte die für die Umwelt zuständige Staatsanwaltschaft Amur mit, dass mehr als 120 Tonnen Öl aus der undichten Leitung ausgetreten seien. Mehr als 1700

Quadratmeter Böden und 70.000 Quadratmeter Wasserfläche des Sees Goloje seien verseucht worden.

Die 1974 gebaute Pipeline gehört dem Unternehmen RN-Sachalinmorneftegaz, einer Tochter der staatlichen Ölfirma Rosneft.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft hatte RN-Sachalinmorneftegaz die Pipeline „systematisch“ unsachgerecht betrieben. Rosneft hatte nach dem Unfall eingeräumt, dass die Pipeline marode sei, und den Bau einer neuen Leitung angekündigt. Wie die Staatsanwaltschaft Amur nun mitteilte, wurde der Betrieb der Pipeline gestoppt.

Ende Mai waren in der nordsibirischen Stadt Norilsk rund 21.000 Tonnen Diesel bei einem Leck in einem Heizkraftwerk ausgetreten und hatten die Umwelt stark belastet. Die Behörden mussten den Notstand ausrufen.

Der Bergbaukonzern Nornickel (Norilsk Nickel), dem das betroffene Wärmekraftwerk gehört, erklärte, der Dieseltank sei durch ein abruptes Absacken des Fundaments beschädigt worden. Ursache sei das Auftauen der Permafrostböden.

Wpered.su: Ohne Sozialismus werden die Menschen Sklaven des Kapitalismus sein – Maxim Schewtschenko

Beim 14. unionsweiten patriotischen Lager und Forum „Junge Garde. Krim. Donuslaw – 2020“ hielt der bekannte russische Journalist, Vorsitzender der Fraktion der KPRF in der gesetzgebenden Versammlung der Oblast Wladimir Maxim Schewtschenko einen Vortrag. Dies berichtet ein Korrespondent von „Wperjod“.

„In den Vereinigten Staaten von Amerika wird der Traum von Karl Marx wahr – in einem führenden imperialistischen Land haben solche Widersprüche begonnen, die, so hoffe ich, für sie im Guten nicht enden werden. Man möchte sehr, dass die amerikanische Arbeiterklasse, zu der 44 Mio. Arbeitslose gehören, siegt. Ich fühle aufrichtig mit der Kommune von Portland, ich will, dass die Nachfolger der Helden der ‚Grapes of Wrath‘ siegen. Wenn dort eine amerikanische Revolution erfolgen sollte, wie dies in Mexiko, Spanien und Russland war, so wird sich das Zentrum der Geschichte dorthin bewegen. Der Kapitalismus ist ein Ungeheuer, das auf der ganzen Erdball sterben muss. Ohne Sozialismus werden die Menschen Sklaven des Kapitalismus“, meint er.

Maxim Schewtschenko merkte auch an, dass der Donbass 2014 die Kapitalisten dadurch erschreckt hat, dass in dieser Region Arbeiter massenhaft zur Waffe gegriffen haben.

de.sputniknews.com: Russlands Senator erklärt, warum Deutschland mit den USA für Nord Stream 2 kämpft

Russlands Senator Alexej Puschkow hat den Kampf zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten um den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 als eine beispiellose Situation bezeichnet.

„Nie zuvor sind die USA und Deutschland in einen Konflikt von solch einer Schwere und Tiefe geraten“, zitiert die Zeitung „Rossijskaja Gaseta“ Puschkow, den Chef der Kommission für Informationspolitik im Föderationsrat (russisches Parlamentsoberhaus).

Washington drohe nicht nur deutschen Unternehmen mit Sanktionen, sondern auch den staatlichen Strukturen. In Deutschland werden insbesondere wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen gegen die USA gefordert.

Von einer Abkühlung der Beziehungen zwischen Angela Merkel und Donald Trump zeuge auch die Entscheidung der USA, mehr als 10.000 amerikanische Soldaten aus Deutschland abzuziehen. Der Senator äußerte seine Zuversicht, dass Deutschland durch die Verteidigung von Nord Stream 2 vor allem sich selbst schützt.

„Erstens, deutsche Unternehmen haben Milliarden Dollar in dieses Projekt investiert. Zweitens, soll Nord Stream 2 Deutschland die Rolle eines des wichtigsten Erdgashubs in Europa sichern. Drittens, ist Deutschland den frechen Stil der Trump-Administration leid, den

Trump selbst, Außenminister Pompeo und der ehemalige US-Botschafter in Berlin Grenell demonstrieren“, erklärte Puschkow.

Der Senator glaubt, dass Deutschland im Kampf um Nord Stream 2 nicht aufgeben wird, da ein Land, das die Rolle eines informellen Anführers in der EU für sich beansprucht, keinen Rückwärtsgang einlegen und seine Schwächen nicht offenbaren kann. Es sei für die Deutschen jetzt wichtiger denn je, ihren Charakter zu zeigen.

Im November sind die US-Präsidentenwahlen geplant. Wenn Joe Biden gewinnt, wird seine Regierung vermutlich einen anderen Stil in den Beziehungen zwischen den USA und ihren Verbündeten in Europa, einschließlich Deutschland, wählen, meint Puschkow.

„Die Deutschen verstehen sehr gut, dass sie dieses Projekt niemals zurückgewinnen werden, wenn sie es jetzt aufgeben“.

Laut Puschkow würde Deutschland mit Bidens Sieg eine Chance haben, Nord Stream 2 zu behalten.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32519/39/325193978_0:213:3072:1874_1000x0_80_0_1_e92e19c8f9c0f2991d80547864a39fc6.jpg

Dan-news.info: Der Soldat der Volksmiliz der DVR Dmitrij Alexandrow hat heute ein Dreizimmerwohnung in Gorlowka erhalten. Die Familie des Soldaten erhielt die Wohnung auf Anweisung des Republikoberhauptes.

Die Wohnung befindet sich in einem fünfstöckigen Haus im Kalininskij-Bezirk. In ihr wurden Schönheitsreparaturen durchgeführt, die notwendige Sanitärtechnik installiert. Die Schlüssel und Dokumente übergab der Bürgermeister Iwan Prichodko den neuen Besitzern....

Alexandrow war zusammen mit Frau und Sohn 2014 aus Dsershinsk gekommen. Damals trat er in die Reihen der Volksmiliz ein. Er nahm an den Kämpfen um Gorlowka, Ugleorsk und andere Städte teil. Im Oktober 2019 wurde er schwer verletzt. Ihm wurde ein Teil des rechten Beins amputiert, aber das hinderte den Mann nicht daran, den Dienst in den Streitkräften fortzusetzen.

de.sputniknews.com: Lawrow-Maas-Treffen in Moskau: Pressekonferenz zweier Minister
Der russische Außenminister Sergej Lawrow hält am Dienstag, den 11. August, in der russischen Hauptstadt eine gemeinsame Pressekonferenz mit seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas ab.

Die Minister werden die Situation rund um das iranische Atomprogramm sowie die neuesten Entwicklungen in der Ukraine, in Syrien und in Libyen besprechen. Während seiner eintägigen Reise wird der deutsche Außenminister voraussichtlich auch St. Petersburg besuchen, um an Gedenkveranstaltungen teilzunehmen, die den Opfern und Überlebenden der nationalsozialistischen Blockade von Leningrad während des Zweiten Weltkriegs gewidmet sind.

`<iframe width="672" height="378" src="https://www.youtube.com/embed/6YBvCq8H5sg"`

frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>
<https://youtu.be/6YBvCq8H5sg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Lawrow zu Nord Stream 2 – Abschluss könnte „sehr zeitnah geschehen“**

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat am Dienstag mit seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas die Situation um die Fertigstellung der Gaspipeline Nord Stream 2 unter Berücksichtigung der US-Sanktionen besprochen. Alle Teilnehmer des Projekts hoffen Lawrow zufolge auf einen baldigen Abschluss.

„Die Teilnehmer der Nord Stream 2-Kampagne, darunter russische, deutsche und andere, sind fest entschlossen, dieses Projekt abzuschließen, und nach meinem Verständnis besteht Grund zu der Annahme, dass dies sehr zeitnah geschehen wird“, erklärte Lawrow nach dem Treffen mit seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas in Moskau.

„Was den Wirtschaftsblock anbetrifft haben wir uns auf die Fertigstellung des Pipeline-Projekts Nord Stream konzentriert. Den beispiellosen Sanktionsdruck der USA haben wir natürlich berücksichtigt“.

Lawrow betonte auch, dass Moskau Berlins Position hoch schätze.

„Das ist eine prinzipielle Position zur Unterstützung einer ausschließlich kommerziellen Initiative (Nord Stream 2 – Anm. d. Red.), die zur Diversifizierung der Erdgasversorgungswege sowie zur Stärkung der Energiesicherheit beiträgt. Diese Position basiert auf den Bewertungen, die Europa und die europäischen Länder selbst anstellen und nicht auf den Bewertungen, die jenseits des Ozeans erfolgen würden“, unterstrich Lawrow. Früher am Dienstag hatte der deutsche Energiekonzern Uniper, der Nord Stream 2 mitfinanziert, verlauten lassen, dass die Gaspipeline eventuell niemals fertiggestellt werden könnte. Das geht aus dem Risikobericht des Unternehmens für das erste Halbjahr hervor. Als „bedeutendes Einzelrisiko“ werden darin die andauernden Sanktionsdrohungen aus den USA wahrgenommen

Widerstand aus USA

Trump hatte Ende 2019 Strafmaßnahmen gegen bestimmte Unternehmen ermöglicht, die am Bau von Nord Stream 2 beteiligt sind. Daraufhin stieg die Schweizer Firma Allseas, die zwei Schiffe zur Verlegung der Rohre stellte, aus dem Projekt aus. Mitte Juli drohte US-Außenminister Mike Pompeo eine Ausweitung der Sanktionen unter dem CAATSA-Gesetz („Countering America's Adversaries through Sanctions“) an, die auch deutsche Unternehmen treffen könnten. Der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft fordert nun harte Gegenmaßnahmen.

Die Pipeline zwischen Russland und Deutschland durch die Ostsee ist zu 94 Prozent fertig. Von den 2460 Kilometern fehlen nur noch gut 150 - etwa 120 in dänischen und mehr als 30 in deutschen Gewässern. Im Dezember 2019 war der Bau nach der ersten Sanktionswelle unterbrochen worden. Jetzt sollen zwei russische Schiffe die Pipeline vollenden, die bereits in der Ostsee auf ihren Einsatz warten.

Wann der Weiterbau beginnen wird, ist aber immer noch unklar. Die dänische Energieverwaltung (Energistyrelsen) hatte am 6. Juli grünes Licht dafür gegeben, dass die Schiffe eingesetzt werden dürfen. Innerhalb von vier Wochen - also bis zu diesem Montag - konnte Einspruch gegen die Entscheidung eingereicht werden. Ob jemand davon Gebrauch gemacht hat, ist noch unklar. Die entsprechende Klagestelle äußerte sich auf Anfrage dazu noch nicht.

Bei der Energieverwaltung ist die notwendige Anmeldung eines Einsatzes der Schiffe am Montag jedenfalls noch nicht erfolgt. Ein Sprecher von Nord Stream 2 sagte, wegen der

bestehenden Sanktionen sei man „gezwungen, nach neuen Lösungen für die Verlegung der verbleibenden sechs Prozent unserer Pipeline“ zu suchen. „Wir werden über diese Lösung zu gegebener Zeit informieren.“

Nord Stream 2 umfasst den Bau von zwei Pipelinesträngen von der russischen Küste durch die Ostsee nach Deutschland. Hinter dem Projekt steht der russische Staatskonzern Gazprom, der die Hälfte der geplanten Gesamtkosten von 9,5 Milliarden Euro stemmen soll. Die andere Hälfte finanzieren fünf europäische Energieunternehmen: Wintershall Dea, OMV sowie Uniper, Royal Dutch Shell und Engie.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/0b/327676051_0:0:3014:1630_1000x0_80_0_1_38f286331bf44c41f8d8c4c448aa89ca.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 11.08.2020**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **in den letzten 24 Stunden eine Feuerprovokation** begangen. **In Richtung Donezk** haben unlenkbare Kämpfer des 1. Bataillons der 53. Brigade nicht zielgerichtet das Feuer mit Schusswaffen in Richtung unserer Positionen im Gebiet von **Popasnaja** eröffnet. Die Einheiten der Volksmiliz der DVR haben den Gegner beobachtet und dabei streng das Regime der Feueereinstellung eingehalten und sind nicht auf Provokationen eingegangen.

Von Seiten des Kommandos der OOS sind das Fehlen von Kontrolle und geringe Anforderungen an die unterstellten Kommandeure festzustellen, die die Verletzung des Regimes der Feueereinstellung befördern, insbesondere das Verbot zur Stationierung von Militärtechnik in Ortschaften und ihrer Umgebung, wobei sie die Normen des humanitären Rechts verletzen und Leben und Gesundheit örtlicher Einwohner gefährden. **In den letzten 24 Stunden hat unsere Aufklärung die Stationierung von 15 Stück Technik festgestellt.** In Wohngebieten von Sajzewo – 11 Schützenpanzer der 35. Marineinfanteriebrigade, drei Schützenpanzer der 53. mechanisierten Brigade Taramtschuk und ein Schützenpanzerwagen der 79. Luftsturmbrigade in Slawnoje.

Die Sachverhalte werden auch im Bericht der OSZE-Mission vom 10.08.2020 bestätigt. Unter Nutzung des Regimes der Feueereinstellung hat der Gegner in Verletzung der erreichten Vereinbarungen technische Arbeiten aktiviert.

In Richtung Gorlowka hat unser Videobeobachtungssystem ein weiteres Mal die Durchführung von technischen Arbeiten durch Kämpfer des 503. Bataillons der 35. Brigade im Gebiet von Schumy in unmittelbarer Nähe einer Wasserleitung des Kanals „Sewerskij Donez – Donbass“ festgestellt.

In Richtung Mariupol haben Soldaten der ukrainischen Streitkräfte im Verantwortungsbereich des 1. Bataillons der 36. Brigade im Gebiet von Nabereshnoje bei der Durchführung von technischen Arbeiten zur Ausrüstung von Positionen **wegen Verletzungen von**

Brandschutzanforderungen beim Umgang mit technischen Sprengsätzen einen Brand provoziert.

In der Folge einer starken Änderung der Windrichtung erfasste das Feuer die Positionen des Bataillons, griff auf in der Nähe liegendes landwirtschaftliches Gelände über und richtete dort erheblichen Schaden an ziviler Infrastruktur an. Zwei Kämpfer – die Matrosen Sawinkow und Krawez wurden mit Brandwunden mittleren Schweregrad in das militärmedizinische Hospital von Mariupol eingeliefert, der Aufenthaltsort des Matrosen Maljawschij, der den Brand zugelassen hatte, bleibt unbekannt.

Durch diese Handlungen demonstriert der Gegner offen seine Missachtung der ergriffenen Maßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feueinstellung.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, die ukrainische Führung dazu zu zwingen, von Handlungen, die die Schaffung einer humanitären Katastrophe auf beiden Seiten der Kontaktlinie befördern, Abstand zu nehmen.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine verletzen weiter die erreichten Vereinbarungen bezüglich der Nutzung aller Arten von Fluggeräten.

Am 9. August wurde unter Verletzung der Bedingungen des Waffenstillstands von den Positionen des 504. Bataillons der 35. Marineinfanteriebrigade eine Drohne gestartet. Aber wegen der fehlenden Abstimmungen von Handlungen wurde die Drohne durch Mittel einer Kompanie der elektronischen Kriegsführung derselben Brigade blockiert und stürzte in der Nähe unserer Positionen ab.

Während einer Ermittlung durch das Kommando der 36. Brigade wurde festgestellt, dass die genannte Drohne für eine Drohne der OSZE-Mission gehalten wurde und von einer Mannschaft einer Station „Bukowel AD“ blockiert wurde, die Aufgaben zur Verhinderung der Entdeckung der Stationierung von Militärtechnik und der Ausrüstung von Positionen der Einheit durch OSZE-Beobachter ausführte.

Derzeit untersuchen unsere Spezialisten die Informationen von der Speicherkarte der Drohne. Der moralisch-psychische Zustand des Personals der Verbände der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone bleibt auf niedrigem Niveau. In den letzten 24 Stunden wurde bei einer Kontrolle der Dienstorte durch Vertreter des militärischen Rechtsordnungsdienstes auf den Positionen der 79. Luftsturmgruppe im Gebiet von Slawnoje der Soldat Fabika in bewusstlosem Zustand mit Anzeichen von Drogenkonsum entdeckt. Der Kämpfer wurde in das Hospital von Tschasow Jar eingeliefert.

Zur selben Zeit wurde bei einer Kontrolle der 36. Panzergrenadierbrigade und der 54. mechanisierten Brigade durch den militärischen Rechtsordnungsdienst das Fehlen von zwei ukrainischen Kämpfern, des Matrosen Kalinitschenko und des Soldaten Semishon bemerkt. Bei ersten Fahndungsmaßnahmen wurde festgestellt, dass Kalinitschenko den Dienstort mit einer Maschinenpistole AK-74 Nr. 88 051121 und Munition verlassen hat. Außerdem wurde bei einer Ermittlung festgestellt, dass der Kommandeur der 36. Brigade Gnatow von der Flucht des genannten Soldaten wusste und er diesen Fall gegenüber dem übergeordneten Kommando seit dem 25. Juli verheimlicht hatte und eine Suche mit eigenen Kräften durchführte.

Nach Angaben unserer Quelle im Generalstab der ukrainischen Streitkräfte ist im Zusammenhang damit, dass der Kommandeur der Marinestreitkräfte das Vertrauen zum Kommandeur der 36. Brigade Gnatow verloren hat, die Arbeit einer Kommission unter Leitung des Kommandeurs der Marineinfanterie Sodol geplant, um objektive Informationen über die Lage der Dinge, in dem ihm anvertrauten Verband geplant. Im Zusammenhang damit wurden in der Brigade eilig Anweisungen über die Verlegung von Feuermitteln mit einem Kaliber über 82mm vom Frontbereich erteilt, um die Einhaltung der Bedingungen des Regimes der Feueinstellung zu demonstrieren.

"Sputnik V" heißen

Am Dienstag gab Wladimir Putin bekannt, dass Russland als erster Staat weltweit einen Impfstoff gegen das Coronavirus zugelassen hat. Seine eigene Tochter habe das Mittel bereits eingenommen, so der russische Präsident. Der Impfstoff soll auf den Namen "Sputnik V" getauft werden. ...

Russland hatte im Frühjahr eine klinische Studie mit dem Impfstoff "Gam-COVID-Vac Lyo" in einer internationalen Datenbank registriert.

Der neue Impfstoff soll nach Angaben des russischen Staatsfernsehens auf den Namen "Sputnik V" getauft werden – in Erinnerung an den ersten Satelliten, der 1957 in den Weltraum geschossen wurde und damit das Zeitalter der Raumfahrt einläutete.

Der Chef des russischen Investmentfonds Kirill Dmitrijew sprach kürzlich von einem "Sputnik-Moment".

„Die Amerikaner waren überrascht, als sie Sputniks Piepen hörten. Mit diesem Impfstoff ist es genauso“, sagte er dem US-Sender CNN.

Sein vom Kreml gegründetes Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie in Moskau finanziert die Impfstoffproduktion.

Die klinischen Tests des Impfstoffes sind laut Gesundheitsminister Michail Muraschko mittlerweile abgeschlossen. Die Impfung habe eine Immunität gegen die Krankheit COVID-19 erzeugt – ohne negative Nebenwirkungen. Das Präparat wurde an 50 Soldaten getestet, die sich freiwillig gemeldet hatten.

Erste Skepsis wird laut

Die Geschwindigkeit, mit der der russische Impfstoff entwickelt wurde, sorgt bei vielen für Erstaunen – und Misstrauen. So fordert der FDP-Gesundheitsexperte Andrew Ullmann mehr Transparenz ein. Wenn Russland seine Ergebnisse nicht veröffentliche und somit die Wirkung und Sicherheit international nicht bewiesen würden, sei eine Zulassung des Impfstoffs gefährlich, sagte der FDP-Obmann im Bundestags-Gesundheitsausschuss. Dies gelte für die Patientengesundheit, aber auch für das Vertrauen in einen zukünftigen Impfstoff.

„Intransparenz und Nebenwirkungen sind der Nährboden von Impfgegnern und Verschwörungstheorien, die uns danach jahrelang begleiten werden“, warnte Ullmann. Zeit bei der Impfstoffsuche dürfe nur in den bürokratischen Prozessen eingespart werden, nicht bei den üblichen Abläufen klinischer Studien zur Wirksamkeit und Sicherheit.

Am Montag hatte die russische Vereinigung der Organisationen für klinische Erprobungen in einem Brief an Gesundheitsminister Muraschko darum gebeten, die Registrierung des Impfstoffes wegen möglichen Gesundheitsrisiken zu verschieben. „Dies ist die Büchse der Pandora, und wir wissen nicht, was mit Menschen geschieht, denen ein unerprobter Impfstoff injiziert wird“, hieß es darin.

Wadim Tarasow, Spitzenwissenschaftler an der Moskauer Setschenow-Universität, an der die Erprobungen durchgeführt wurden, sagte jedoch, Russland habe einen Vorsprung, weil es in den vergangenen 20 Jahren an Viren und deren Übertragung aktiv geforscht habe.

Nikolai Briko, der leitende Epidemiologe des russischen Gesundheitsministeriums, versicherte, dass das Gamelei-Forschungszentrum über eine bedeutende Forschungsbasis über Impfstoffe verfügt:

„Dieser Impfstoff wurde nicht von Grund auf (neu) entwickelt. Die bestehende Technologie wurde verbessert. Es ist wichtig, dass alle Stufen der Impfstoffforschung befolgt und dass die internationalen Anforderungen eingehalten werden.“

Wie die stellvertretende Regierungschefin Tatjana Golikowa erklärte, soll Ende August oder Anfang September die Impfung von Medizinern beginnen. Ihr zufolge wird der Impfstoff ab Januar 2021 für die Bevölkerung erhältlich sein. Gesundheitsminister Muraschko hatte bereits betont, die Impfung werde kostenlos und freiwillig sein.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.08/article/5f3289f9b480cc7a2664059d.JPG>

de.sputniknews.com: **Xi ruft Chinesen zu sparsamerem Umgang mit Lebensmitteln auf**

Chinas Staatschef Xi Jinping hat seine Mitbürger aufgefordert, die Lebensmittelverschwendung zu stoppen. Das Phänomen bezeichnete er als erschreckend und enttäuschend, wie die Nachrichtenagentur Xinhua am Dienstag berichtet.

Trotz der Tatsache, dass die Getreideproduktion im Land von Jahr zu Jahr steige, sollte man sich immer der Risiken im Bereich der Ernährungssicherheit bewusst sein, zitiert die Agentur Xi Jinping. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie seien ein Alarmsignal für China.

„Es ist notwendig, die Gesetzgebung und die Aufsicht zu stärken, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, einen langfristigen Mechanismus zu schaffen und unnötige Lebensmittelverschwendung entschlossen zu unterbinden“, animierte der chinesische Staatschef seine Bevölkerung.

Mit der Aufklärung solle den Bürgern Schritt für Schritt angewöhnt werden, Lebensmittel in Maßen und sparsam zu verwenden. In der Gesellschaft solle „eine Atmosphäre geschaffen werden, wo Lebensmittelverschwendung als Schande gilt und man auf ein sparsames Verhalten stolz ist“.

Laut Xinhua hat der chinesische Staatschef der Ernährungssicherheit stets große Aufmerksamkeit zuteilwerden lassen und sich für die Bekämpfung von Verschwendung sowie für Sparsamkeit eingesetzt.

Seit 2013 gibt Xi Jinping regelmäßig Anweisungen, in denen er Sparmaßnahmen und Widerstand gegen Überfluss fordert. Insbesondere soll ihm zufolge Kindern das Bewusstsein beigebracht werden, dass es notwendig ist, sparsam mit Lebensmitteln umzugehen.

Trotz Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen gibt es an vielen Stellen nach wie vor übermäßige Lebensmittelverschwendung.

Mil-Inr.info: Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 11. August 2020

Unter Nutzung des geltenden Waffenstillstands führt der Gegner weiter **technische Arbeiten zur Vervollkommnung der Positionen unter Einsatz von technischen Sprengsätzen** durch.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Beobachter zwei Detonationen auf den Positionen der 24. mechanisierten Brigade in den Gebieten von Luganskoje und Troizkoje festgestellt.

Nach uns vorliegenden Informationen wurde infolge der Verletzung von Sicherheitsbestimmungen bei der Installation des technischen Sprengsatzes der Soldat Sakutjko verletzt. ...

Das Kommando der OOS zieht weiter aktiv kontrollierte Massenmedien zur Erstellung von Materialien heran, die die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung des Donbass

rechtfertigen.

Im Verantwortungsbereich des 3. Bataillons der 24. Brigade im Gebiet von Mironowskij sind Gruppen von Journalisten der Fernsehsender „ICTV“ und „Ukraina“ in Begleitung von Offizieren einer operativen Gruppe des 72. Zentrums für informationspsychologische Operationen eingetroffen. Die Hauptaufgabe der ukrainischen Propagandisten ist es, Falschinformationen zu verbreiten, die die Führung der Republik der Verletzung der Vereinbarungen über eine Regime der Feuereinstellung beschuldigen.

Außerdem wurde die Arbeit ukrainischer Propagandisten auf den Positionen der 25. Brigade im Gebiet von Stschastje festgestellt.

Die Volksmiliz reagiert nicht auf Provokationen des Gegners, hält die Bedingungen des Waffenstillstands ein und gibt den Massenmedien keinen Vorwand, sie zu diskreditieren.

Die ukrainische Seite stationiert weiter **Militärtechnik in Wohngebieten von Ortschaften** auf von ihr kontrolliertem Territorium.

Nach Informationen unserer Aufklärung wurde in Stschastje die Stationierung von zwei Schützenpanzerwagen und in Teploje von drei Schützenpanzern bemerkt.

Der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ Oberst Schandar hat bereits mehrfach Beschwerden von örtlichen Einwohnern erhalten, mit der Bitte, die Militärtechnik, deren Stationierung zur Vernichtung von Feldern und Straßen führt, aus den Ortschaften abziehen. Aber bisher wurde die Militärtechnik nicht vom Gebiet der Ortschaften abgezogen.

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Fällen der Entdeckung von Militärtechnik durch die OSZE-Beobachter hat der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ befohlen, die **Maßnahmen zur Behinderung der OSZE-Beobachter** in den Ortschaften und an der Kontaktlinie zu verstärken.

Nach Angaben unserer Aufklärung hat der Kommandeur der 25. Luftlandebrigade Oberst Sentschenko die Anweisung erteilt, die Bewegung der OSZE-Patrouillen mit Drohnen zu verfolgen und die Durchfahrt von Beobachtern der Mission an den Checkpoints in den Gebieten von Stschastje und Walujskoje zu behindern.

Außerdem bemerken Einwohner dieser Ortschaften vermehrt Flüge ukrainischer Drohnen, vermutlich um die Tarnung der Technik zu kontrollieren. ...

de.sputniknews.com: Zahl von Cyberangriffen aus Deutschland steigt – Lawrow

Moskau ist über die Zusammenarbeit mit Berlin im Bereich der Cybersicherheit besorgt. Diese Auffassung vertrat am Dienstag der russische Außenminister Sergej Lawrow nach einem Gespräch mit seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas in Moskau.

„Wir haben gegenüber der deutschen Seite unsere Besorgnis über die Situation in unserem Zusammenwirken im Bereich der Cybersicherheit zum Ausdruck gebracht“, informierte Lawrow bei der anschließenden Pressekonferenz.

„Wir betonten, dass in diesem und im vergangenen Jahr eine beträchtliche Anzahl von Cyberangriffen gegen Einrichtungen und Organisationen in Russland registriert worden sind, die vom deutschen Segment des Internets ausgingen“, so der russische Minister.

Sein deutscher Amtskollege, Heiko Maas, unterstrich, die beiden Länder seien an einer Klärung der Situation im Cybersicherheitsbereich interessiert und würden über berufliche Kanäle Informationen austauschen. Das Thema der Zusammenarbeit im Cyberbereich sei bei dem heutigen Treffen in Moskau behandelt worden, fuhr Maas fort. Russland und Deutschland hätten hier zwar verschiedene Einschätzungen, auch gegenseitige Vorwürfe gäbe es. Jedoch seien die beiden Seiten an ihrer Klärung interessiert, sollten diese begründet sein. Ende Mai hatte das Auswärtige Amt den russischen Botschafter in Berlin, Sergej Netschajew, einbestellt und darüber informiert, dass die deutsche Generalstaatsanwaltschaft eine Fahndung nach dem russischen Staatsbürger Dmitri Badin wegen des Verdachts der Beteiligung an einem Hackerangriff auf den deutschen Bundestag im April und Mai 2015 herausgegeben

habe.

Berlin plane, wegen dieses Falles Cybersanktionen gegen Russland zu verhängen, hieß es. Die EU- Cybersanktionen gegen Russland waren im Mai 2019 in Kraft getreten, wurden bislang jedoch nicht angewandt. Im Rahmen der Einschränkungsmaßnahmen könnten unter anderem etwaiges Vermögen in der EU gesperrt und Einreiseverbote verhängt werden. Die Einführung von Sanktionen erfordert die einstimmige Zustimmung aller Mitgliedsstaaten.

Das russische Außenministerium wies die Vorwürfe entschieden zurück und teilte mit, Berlin habe keine Beweise für die Beteiligung Russlands an dem Hackerangriff vorgelegt. Der Chef der Abteilung für internationale Informationssicherheit des russischen Außenministeriums, Andrej Krutskich, äußerte in dieser Hinsicht, dass Moskau vorschläge, Konsultationen zur Cybersicherheit mit Berlin abzuhalten. Dies würde zur Regelung mehrerer Ansprüche beitragen.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/0b/327676260_0:0:2907:1573_1000x541_80_0_0_4a9874196b6247479323d56bae915e2f.jpg

dnronline.su: Die staatliche Berufsbildungseinrichtung „Donezker Technikum für Industrieautomatisierung“ wird nach dem ersten Oberhaupt der DVR A.W. Sachartschenko benannt.

In dieser Bildungseinrichtung studierte das erste Oberhaupt der DVR Alexandr Wladimirowitsch Sachartschenko von 1991 bis 1995 im Fachbereich „Nutzung automatischer Einrichtungen in der Kohleindustrie“.

Die Benennung der Bildungseinrichtung nach Alexandr Sachartschenko, um so sein Andenken zu ehren, wurde am 10. Juni 2020 auf einer Sitzung des Arbeitskollektivs beschlossen und heute von der Regierung der DVR bestätigt.

de.sputniknews.com: Staatsgeheimnis in Geleesüßigkeiten gesteckt: Ukrainischer Geheimdienstler festgenommen

Die ukrainischen Strafverfolger haben einen Mitarbeiter des Geheimdienstes der Ukraine (SBU) und einen Militärrentner festgenommen, die Geheiminformationen in Roshen-Süßigkeiten weitergegeben haben sollen. Dies teilte der Pressedienst der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine am Dienstag mit.

„Ein Offizier der Strafverfolgungsbehörden erfüllte die Aufgaben von sogenannten ‚Kuratoren‘, indem er Informationen sammelte, die ein Staatsgeheimnis darstellten, um sie an Vertreter der Geheimdienste eines ausländischen Staates weiterzuleiten, und unterstützte sie bei der Durchführung subversiver Aktivitäten gegen die Ukraine. Er übermittelte Informationen über einen „Kurier“- einen Militärrentner. Strafverfolger nahmen die beiden fest, als der SBU-Mitarbeiter seinem Komplizen, der ihn aus der Ukraine bringen wollte,

einen in Süßigkeiten versteckten Träger mit geheimen Informationen übergab“, heißt es in der Erklärung des Pressedienstes.

Gemäß den vom Büro des Generalstaatsanwalts der Ukraine veröffentlichten Fotos wurden die Informationen unter Geleesüßigkeiten „Roshen Jelly“ versteckt.

Die Strafverfolger informierten die Festgenommenen über den Verdacht des Hochverrats. Ihnen drohe bis zu 15 Jahren Gefängnis mit oder ohne Beschlagnahme von Eigentum.

Roshen ist einer der weltweit größten Süßwarenhersteller (450.000 Tonnen pro Jahr). Der Gründer des Unternehmens ist der Ex-Präsident der Ukraine Petro Poroschenko.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/30110/36/301103629_0:190:3000:1810_1000x0_80_0_1_eaefb2fb66d416a2fe2abded34d9d52d.jpg

de.sputniknews.com: **Tschechien will keine US-Soldaten auf seinem Territorium**

Tschechien sieht laut Ministerpräsident Andrej Babiš keinen Grund für die Stationierung von US-Soldaten auf seinem Territorium. Diese Ablehnung äußerte Babiš zum Auftakt seines Treffens mit US-Außenminister Mike Pompeo am Dienstag.

„Ich sehe keinen Grund, warum wir amerikanische Militärs bei uns haben sollten. Die tschechische Seite ist daran nicht interessiert“, sagte Babiš.

Prag und Washington seien Nato-Partner, dies bleibe unverändert, beteuerte er. Es sei noch unbekannt, wohin die US-Soldaten aus Deutschland verlegt würden, „sicher aber nicht zu uns“, sagte er weiter.

Bei den Verhandlungen mit Pompeo sei er, Babiš, eher „an Handelsbeziehungen und Geschäften“ interessiert.

Pompeo ist am Dienstagmorgen in Prag eingetroffen. Auf seiner Tagesordnung stehen Treffen mit dem tschechischen Außenminister, dem Ministerpräsidenten und dem Präsidenten des Landes.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/0b/327676442_0:38:2450:1364_1000x0_80_0_1_68f6b9f163b2d32efc31c966224d2457.jpg

abends:

de.sputniknews.com: **Russlands Militär warnt USA: „Jede Rakete auf unser Territorium werten wir als Nuklear-Schlag“**

Von Alexander Boos

Hochrangige russische Militärs haben ein Dokument veröffentlicht und die USA gewarnt: „Ballistische Raketen mit dem Ziel Russland werden von uns als atomare Angriffe gewertet“. Eine russische Militär-Zeitung hat das Militär-Dokument begutachtet und darüber berichtet, ein US-Magazin hat kommentiert. Sputnik hat sich beide Beiträge angesehen.

Wie aus einem Bericht der russischen Militärzeitung „Krasnaja Swesda“ vom vergangenen Freitag sowie aus einer aktuellen Meldung des US-amerikanischen Militär-Nachrichtenmagazins „Military Times“ hervorgeht, veröffentlichte in den letzten Tagen die oberste Führung des Militärs Russlands einen recht brisanten Report.

„Russland wird fortan jede auf sein Territorium abgefeuerte ballistische Rakete als einen Atomangriff betrachten, der wiederum eine nukleare Vergeltung rechtfertigt. So warnte das russische Militär in einem am Freitag veröffentlichten Artikel.“ Das berichtete „Military Times“ am Montag, beziehungsweise auf den russischen Original-Artikel.

Zum Hintergrund der Quellen: Die erwähnte russische Zeitung wurde noch zu sowjetischer Zeit gegründet und kann mit „Roter Stern“ übersetzt werden. Sie gilt heutzutage als Zentralorgan des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation. Das US-Militärmagazin ist nach eigener Aussage nicht US-regierungsnah, richtet sich allerdings vornehmlich an aktive und ehemalige Militärangehörige der US-Streitkräfte.

Die jetzt vom russischen Militär ausgesprochene Warnung an die USA sei vor dem Hintergrund der veröffentlichten „russischen Nuklear-Abschreckungspolitik im Juni“ zu verstehen, kommentierte das US-Militärmagazin. Die neue Moskauer Doktrin sehe „den Einsatz von Atomwaffen als Reaktion auf einen konventionellen Schlag gegen systemrelevante Regierungs- und Militär-Infrastrukturen“ der Russischen Föderation vor. Diese Doktrin bestätigte Maria Sacharowa, Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, bereits im Frühjahr dieses Jahres.

Im besagten, aktuellen russischen Report „stellen hochrangige Offiziere des Generalstabs des russischen Militärs – darunter Generalmajor Andrei Sterlin und Oberst Alexander Khryapin – fest, dass es keine Möglichkeit gibt, zu prüfen, ob eine ankommende ballistische Rakete mit einem nuklearen oder einem konventionellen Sprengkopf ausgestattet ist.“ Auf dieser Grundlage müsse das russische Militär eben solche auf Russland zufliegende Objekte „als Atomangriffe werten“, die die staatliche Existenz der Russischen Föderation bedrohen. Das Wort des zitierten Generalmajors Sterlin hat Gewicht, er ist Chef der Hauptverwaltung für operative Führung des Generalstabs Russlands.

Die russische Militärdoktrin enthalte detaillierte Beschreibungen von Szenarien und Situationen, „die den Einsatz von Atomwaffen auslösen könnten. Einschließlich des Einsatzes von Atomwaffen oder anderen Massenvernichtungswaffen gegen Russland oder seine Verbündeten.“

„Jede angreifende Rakete wird als mit einem Atom Sprengkopf tragend wahrgenommen“, heißt es weiter in dem Militär-Report. „Die Informationen über den Raketenstart werden automatisch an die militärpolitische Führung Russlands weitergeleitet, die den Umfang der Vergeltungsmaßnahmen der Nuklearstreitkräfte in Abhängigkeit von der sich entwickelnden Situation festlegt.“

Dieses von der russischen Militär-Führung vorgebrachte Argument spiegelt laut „Military Times“ Russlands „langjährige Besorgnis wider, dass Washington die Möglichkeit haben

könnte, wichtige militärische Ziele und staatliche Einrichtungen auszuschalten, ohne dabei Atomwaffen einzusetzen.“ Sprich: Durch konventionelle Waffeneinsätze. Neuartige Hyperschallwaffen werden in dem Zusammenhang nicht explizit genannt, dürften aber bei dieser Lageeinschätzung auch eine Rolle spielen.

Darüber hinaus heißt es weiter in dem russischen Militär-Dokument, das der russischen Militär-Zeitung „Krasnaja Swesda“ vorliegt, dass Russland sein nukleares Arsenal nutzen und zum Einsatz bringen könne, wenn es „zuverlässige Informationen“ über den Start ballistischer Raketen erhält.

Diese Flugkörper müssten dann aber tatsächlich auch auf russisches Territorium oder auf die Staatsterritorien russischer Verbündeter zielen.

Russische Beamte im Militär- und Sicherheitsapparat zeigen sich laut dem Beitrag besorgt über „das von den USA organisierte Raketenabwehrprogramm und Washingtons Pläne, Waffen in die Erdumlaufbahn zu bringen. Sie stufen dies als größte Bedrohung ein und argumentierten, dass diese neue Fähigkeit die USA dazu verleiten könnten, Russland ungestraft zu treffen, in der Hoffnung, einen Vergeltungsschlag abzuwehren.“

Russland habe „die roten Linien“ festgelegt, nach denen Moskau militärische Bedrohungen aus der Luft bewertet, zieht die russische Militär-Zeitung ein Fazit:

„Wenn ein potenzieller Gegner (beispielsweise die USA, Anm. d. Red.) dies wagt, wird die Antwort zweifellos verheerend sein. Die Einzelheiten der Vergeltungsmaßnahmen (...) werden je nach Situation von der militärpolitischen Führung Russlands bestimmt und eingeleitet.“